

Steuer wird zum Stolperstein

Gespräch über Vergaberecht und die Probleme damit: CDU-Politikerin Astrid Grotelüschen bei Firma Korpis

BRAKE. Die Bundesregierung reformiert das Vergaberecht. So fordert es die EU. Dabei geht es auch um die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an kommunale und private Anbieter. „Das ist schon eine Gratwanderung“, sagt die CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen. Darüber sprach sie am Montag mit Bernhard Korpis, Geschäftsführer der Firma Korpis.

Denn die Umsetzung der EU-Vorgaben in deutsches Recht hat auch Auswirkungen auf Garten- und Landschaftsbaubetriebe wie Korpis. Bis April 2016 muss das neue Vergaberecht umgesetzt werden.

» Es ist ein gefährliches Spiel für uns. Am Ende sind wir immer 19 Prozent teurer. «

BERNHARD KORPIS
ZU DER
MEHRWERTSTEUER

werden. „Wo gibt es Verzerrungen, wo Anknüpfungspunkte“, fragt die Abgeordnete. Dabei geht es darum, was Kommunen mit ihren Bauhöfen untereinander und was Privatanbieter machen können und wie ausgeschrieben wird. Ein Ziel sei es, dass Unternehmen künftig besser an Ausschreibungen teilnehmen können, das Verfahren soll leichter und unbürokratischer werden.

Bernhard Korpis, zugleich Vizepräsident des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Niedersachsen-Bremen,



Auf dem Gelände der Firma Korpis wird eine neue Remise für Fahrzeuge gebaut. Auch das sah sich Astrid Grotelüschen bei ihrem Besuch an. An dem Gespräch nahmen (von links) Daniel Stellmann, Jan Marten Kalus, Karsten Korpis und Bernhard Korpis teil.

Foto Gohritz

nennt ein Beispiel: die Mehrwertsteuer. Die fällt bei kommunalen Anbietern weg. „Wenn ich ein Angebot abgebe, muss ich 19 Prozent Mehrwertsteuer berechnen. Dann bin ich draußen“, sagt der Geschäftsführer. Astrid Grotelüschen ist das Problem bekannt, zumal Kommunen verpflichtet sind, wirtschaftlich zu arbeiten. „Das müssen wir in Berlin diskutieren.“

Für Bernhard Korpis gehört Wettbewerb zwar zum täglichen

Geschäft, aber nach seiner Ansicht müssten „gleiche Bedingungen für alle herrschen“. Die CDU-Abgeordnete weiß um das sensible Thema: „Es geht darum, Wettbewerbsgleichheit hinzubekommen zwischen Kommunen und Privatwirtschaft.“ Gerade kleine und mittelständige Unternehmen bräuchten eine Perspektive.

Angesprochen wurde auch die ständige Nachforderung von Unterlagen, obwohl es dafür eine zentrale Stelle gebe: „Wir haben

dafür eine Nummer. Mit der wird klar, dass wir langfristig alle Anforderungen erfüllen“, sagt Bernhard Korpis. Astrid Grotelüschen kann ihm nur zustimmen, dass es wenig hilfreich sei, wenn Nachfragen zu Standards kämen, die ohnehin erfüllt werden. „Das soll besser werden“, sagt sie mit Blick auf das neue Vergaberecht: „Das Problem ist erkannt.“

Kein einfacher Spagat

Interessiert verfolgten Daniel Stellmann und Jan Marten Kalus von der Braker CDU-Ratsfraktion das Gespräch. „Auf der einen Seite sollen die Bauhöfe wirtschaftlich arbeiten. Doch das hat auch konträre Folgen für Unternehmen. Der Spagat wird nicht einfach“, so CDU-Fraktionschef Stellmann. „Das ist ein Beispiel, bei dem Bundespolitik in der Kommunalpolitik ankommt“, macht Astrid Grotelüschen klar.

Der Betrieb Korpis hat 30 Beschäftigte, darunter zwei Auszubildende. „Die Bewerberlage hat sich hier in letzter Zeit nicht positiv entwickelt“, sagt Bernhard Korpis. Auch der Garten- und Landschaftsbau bekomme den demografischen Wandel zu spüren. Karsten Korpis ergänzt, dass häufig auch die Ausbildungsfähigkeit der Bewerber nicht gegeben sei. Die Ausbildung sei vielseitig, reicht von Pflasterarbeiten bis zur Dachbegrünung. (gg)